

Drei-Länder-Erklärung: Master für alle Stufen!

Die Spitzenverbände der Lehrpersonen in Deutschland, Österreich und der Schweiz fordern eine Koordination der Ausbildung auf hohem Niveau, wie bei einem Treffen in Leipzig festgehalten wurde.

Die Lehrerinnen und Lehrer aller Stufen brauchen künftig einen Master-Abschluss. Dies fordern die Spitzenverbände der Lehrerschaft Deutschlands, Österreichs und der Schweiz in der «Erklärung von Leipzig». Für die Schweizer Primarlehrpersonen ist dieser Anspruch noch nicht erfüllt.

Die Drei-Länder-Erklärung entstand anlässlich des Deutschen Lehrerinnen- und Lehrertages des Verbands Erziehung und Bildung (VBE) vom 16. Juni 2007 in Leipzig. Dort hatten die Präsidenten der drei Dachverbände aus Deutschland (VBE), Österreich (GÖD) und der Schweiz (LCH) Fragen zur Bedeutung des Berufs und zur Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen erörtert.

In allen drei deutschsprachigen Ländern wird ein erheblicher Teil der Lehrpersonen in den nächsten zehn Jahren pensioniert, und es

dürfte mittelfristig zu einem Mangel an qualifizierten Lehrpersonen kommen. Der grenzüberschreitende Stellenmarkt für Lehrpersonen im deutschsprachigen Raum wird an Bedeutung zunehmen. Daher macht es Sinn, die Ausbildungsabschlüsse nicht nur national, sondern auch grenzüberschreitend zu koordinieren.

In der «Erklärung von Leipzig» wird zudem die grosse Bedeutung der Weiterbildung für alle pädagogischen Berufe betont. Die Präsidenten von VBE, GÖD und LCH haben ausserdem vereinbart, sich künftig periodisch zu treffen, um den grenzüberschreitenden Dialog zwischen den drei Spitzenverbänden der Lehrpersonen im deutschsprachigen Raum fortzusetzen.

Weiter im Netz

www.lch.ch – Die «Erklärung von Leipzig» im Wortlaut

Andrea Schweizer neue LEBE-Vizepräsidentin

Die Delegierten des Berner Berufsverbandes LEBE haben in einer Kampfwahl die 36-jährige Historikerin Andrea Schweizer zur neuen Vizepräsidentin gewählt.

Schweizer unterrichtet am Gymnasium Kirchenfeld und ist auch Dozentin der PH Bern. Zwei Frauen und ein Mann bewarben sich um die Nachfolge von Daniel V. Moser, der Ende August pensioniert wurde und auch als Vizepräsident abgetreten ist.

Weiter im Netz: www.lebe.ch

ZLV-Positionspapier zur Freiwilligenarbeit

Der Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband ZLV hat ein Positionspapier zum Thema «Freiwillige in der Schule» veröffentlicht. Darin wird unter anderem festgehalten, dass die Lehrpersonen die Verantwortung für den Unterricht vollumfänglich tragen: «Freiwillige können diese Verantwortung nicht übernehmen.» Zwingend sei auch, dass Rechte und Pflichten der Freiwilligen in einem Vertrag geregelt werden.

Weiter im Netz: www.zlv.ch

Aargauer Lehrpersonen fordern Respekt

Die grosse Aargauer Schulreform, «Bildungskleeblatt» genannt, kann nur mit einer fortschrittlichen Personalpolitik gelingen, stellt der Aargauische Lehrerinnen- und Lehrer-Verband in der folgenden Medienmitteilung vom 7. August 2007 fest.

Soll die Verwirklichung des Bildungskleeblatts glücken, sind zwingend die personalpolitischen Gelingensbedingungen zu beachten. Denn ohne ein ausserordentliches Engagement der Lehrerinnen und Lehrer ist die Bildungsreform nicht umsetzbar. Ein solches Engagement kann aber nur ein Arbeitgeber verlangen, der eine fortschrittliche Personalpolitik betreibt. Doch Untersuchungen zeigen, dass das Vertrauen der aargauischen Lehrpersonen in ihren Arbeitgeber auf einem kritisch tiefen Niveau liegt.

Die Qualität einer Reform misst sich nicht in erster Linie am Glanz ihrer Ziele, sondern an der Seriosität ihrer Umsetzung. Es sind die Lehrpersonen, die die Bildungsreform in ihrer täglichen Arbeit mit den Lernenden umsetzen müssen. Es sind die Lehrpersonen, die dafür einiges an zusätzlicher Energie und Geduld, an zusätzlicher Phantasie und Wissen und vor allem an zusätzlicher Zeit aufbringen müssen. Logischerweise ist das nur zu erwarten, wenn der Kanton nicht nur als fordernder, sondern gleichzeitig als fortschrittlicher Arbeitgeber auftritt.

Der alv nimmt zur Kenntnis, dass die Berufszufriedenheitsstudie des LCH vom letzten Jahr eine recht hohe Unzufriedenheit der aargauischen Lehrpersonen mit den Arbeitsbedingungen nachweist. Es zeigt sich im Aargau eine deutlich höhere Unzufriedenheit als in der übrigen Deutschschweiz. Das Ver-

trauen der Aargauer Lehrpersonen in ihren Arbeitgeber ist offenbar recht tief. Dieser Befund muss grundsätzlich zu denken geben, ist aber in der aktuellen bildungspolitischen Situation besonders risikoreich.

Sieben Forderungen

Der alv erhebt für die Einführung des Bildungskleeblatts sieben Forderungen. Er verlangt die Einhaltung der Jahresarbeitszeit. Er verweigert sich der Heraufsetzung der durchschnittlichen Abteilungsgrössen. Er will die Anpassung der Löhne an die neuen Berufsaufträge und die neue Lehrerbildung. Er verlangt einen Besitzstand für Lehrpersonen, die als Folge der Strukturreform die Bildungsstufe wechseln müssen. Er fordert einen Sozialplan samt Frühpensionierung für Lehrpersonen, die wegen der Reform ihre Stelle verlieren. Er will spezielle Unterstützung für Schulen, die mit der Bildungsreform geschlossen werden, damit diese Schulen bis zum Schluss qualitativ korrekt geführt werden können. Er verlangt Überbrückungsmassnahmen, damit trotz rückläufiger Kinderzahlen der Stamm der Lehrpersonen für die Einführung der Reform erhalten bleibt. Der alv wird seine Haltung zum Bildungskleeblatt von der Erfüllung der sieben Forderungen abhängig machen.

Aargauischer Lehrerinnen- und Lehrer-Verband alv

Weiter im Netz

www.alv-ag.ch